

Antrag des Landesvorstandes

37. Landesparteitag
am 05.11.2022 in Schkeuditz

1 **Energie, Rohstoffe, Fachkräfte – Sachsen krisensicher für die Zukunft machen**

2

3 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine richtet große
4 Schäden an. In erster Linie gilt das für alle Ukrainerinnen und Ukrainer, die um ihr
5 Leben fürchten und deren Heimat zerstört wird. Ihnen gilt unsere Solidarität und
6 unsere Unterstützung. Dank der enormen Hilfsbereitschaft der Sächsinen und
7 Sachsen ist es möglich, knapp 60.000 Menschen aus der Ukraine eine sichere
8 Zuflucht zu geben und sie gut zu versorgen.

9 Dieser Krieg dauert bereits acht Monate und noch immer ist kein Ende der
10 Kampfhandlungen absehbar. Es braucht deshalb intensive diplomatische
11 Anstrengungen der Europäischen Union, der USA und der Weltgemeinschaft, um
12 Russland zum Einlenken zu bewegen.

13 Russland muss die Kampfhandlungen einstellen, die besetzten Gebiete verlassen
14 und für die Kriegsschäden aufkommen. Kriegsverbrecher müssen zur Rechenschaft
15 gezogen werden. Die Annexionen der kriegerisch besetzten Regionen sind illegal
16 und müssen rückgängig gemacht werden.

17 Für uns als Sächsische Union ist klar: Dieser Krieg muss so schnell wie möglich
18 enden!

19 Zugleich müssen wir neue Schlüsse aus der Situation ziehen. Deutlich wurde uns vor
20 Augen geführt, dass eine allzu große Abhängigkeit sowohl im Bereich der
21 Energieversorgung als auch der Versorgung mit Rohstoffen unser wirtschaftliches,
22 kulturelles und gesellschaftliches Leben gefährdet. Und ebenso deutlich wird uns
23 gezeigt, dass die Sicherheit unseres Landes nicht von anderen, sondern durch unser
24 eigenes Handeln garantiert werden muss. Zusammen mit NATO und EU muss die
25 Bundesrepublik Deutschland klare geostrategische Ziele formulieren und diesen
26 folgen.

27 Die aktuelle Situation gefährdet den Wohlstand unserer Gesellschaft. Damit ist die
28 derzeitige Krise eine akute Bedrohung für unser Zusammenleben. Sie besitzt darüber
29 hinaus das Potential, vorhandene Brüche und Risse in der Gesellschaft zu
30 verstärken und damit die Ungleichheit insgesamt weiter zu vergrößern. Dem müssen
31 wir mit aller Kraft politisch entgegenwirken, um nicht die Erfolge des Aufbaus von
32 Demokratie und Wohlstand der vergangenen drei Jahrzehnte zu gefährden.

33 Neben diesen akuten Krisen belastet der demographische Wandel die
34 Zukunftsfähigkeit Sachsens. Besonders dramatisch zeigt er sich im stärker
35 wachsenden Bedarf an Arbeitskräften. Während Arbeitskräfte fehlen, führt eine
36 überzogene Sozialpolitik zu vielen Menschen, für die sich Arbeit finanziell nicht mehr
37 lohnt. Dies hat nicht nur Folgen für die betroffenen Unternehmen, sondern für die
38 Volkswirtschaft als Ganzes. Es stehen sowohl die Innovations- und
39 Wettbewerbsfähigkeit als auch die Wachstums- und Wohlfahrtspotentiale des
40 Wirtschaftsstandorts Sachsen auf dem Spiel.

41 Der Fachkräftebedarf ist daher eine weitere drängende Aufgabe, der wir uns politisch
42 stellen müssen und für die es praktikable Lösungen braucht.

43

44 **1. Krisenfeste und bezahlbare Energien langfristig sichern**

45

46 Der Freistaat Sachsen steht vor der Frage, wie in Zukunft Energie weiterhin sicher
47 und vor allem bezahlbar erzeugt und zur Verfügung gestellt werden kann.

48 Versorgungssicherheit ist für uns oberste Priorität und ein elementarer Bestandteil
49 der Daseinsvorsorge, die ein Staat gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern und
50 für die Betriebe im Land leisten muss. Daneben sind für uns Wirtschaftlichkeit sowie
51 Klima- und Umweltverträglichkeit gleichwertige energiepolitische Ziele.

52 Als Sächsische Union suchen wir ideologiefrei, technologieoffen und als Verbündeter
53 der Bürgerinnen und Bürger nach Lösungen für die Herausforderungen dieser Zeit.

54 Nachhaltigkeit bedeutet für uns die Beachtung der ökonomischen, ökologischen und
55 sozialen Belange.

56 Die CDU hat in den zurückliegenden Jahren, wie auch andere Regierungsparteien,
57 energiepolitische Entscheidungen getroffen, die den oben genannten Zielen nur
58 unzureichend entsprachen. Das Ende der grundlastfähigen Kernkraft- und
59 Kohleverstromung wurde beispielsweise zu schnell beschlossen, ohne den Ausbau
60 erneuerbarer Energien, wie Photovoltaik und Wind, zu beschleunigen und die
61 Speicherung der produzierten Energie sicherzustellen. Was es in der aktuellen und
62 dramatischen Lage braucht, ist eine gemeinsame, überparteiliche nationale
63 Kraftanstrengung, um einen zukunftsfesten Pakt für Energiesicherheit zu schmieden
64 und das ohne ideologische Scheuklappen.

65 Es braucht eine entschlossene Diversifikation der Energiebereitstellung -und zwar
66 auf Seiten der Energiequellen, der Technologien und der Versorger. Wie auch
67 bereits während anderer Krisen wurde deutlich, dass es mehr Belastbarkeit, mehr
68 Eigenständigkeit und ein größeres Portfolio an Möglichkeiten zur
69 Energiebereitstellung braucht.

70 Wir müssen alle unter nachhaltigen Gesichtspunkten sinnvollen Mittel in die
71 Waagschale werfen, um Energieangebot und -sicherheit zu verbessern und damit die
72 Preise zu senken. Gleichzeitig müssen wir parallel dazu den Umstieg auf alternative
73 Energien erheblich beschleunigen.

74 Vom Bau von Windkraftanlagen und Solarparks sollen insbesondere und unmittelbar
75 die Kommunen profitieren, auf deren Gebiet diese Anlagen realisiert werden. Dafür
76 wurde auf Initiative der vergangenen Bundesregierung eine gerechtere Verteilung
77 der für Anlagen zur Erzeugung von Strom aus regenerativen Energien anteilmäßig
78 gezahlten Gewerbesteuern beschlossen. Im Interesse einer höheren Akzeptanz der
79 Anlagen und einer Stärkung der kommunalen Finanzkraft der ländlichen Räume

80 bitten wir die Landtagsfraktion, eine Regelung zu prüfen, die den vollständigen
81 Verbleib dieses Geldes bei den Standortkommunen vorsieht und sie von der
82 Einbeziehung in den sächsischen Finanzausgleich freistellt. Dies wäre ein
83 angemessener Ausgleich für die Mehrbelastungen, die von den Bewohnern des
84 ländlichen Raumes zu tragen sind.

85 Sachsen ist Energieland und soll es auch in Zukunft bleiben. Wir haben uns in den
86 vergangenen dreißig Jahren einen exzellenten Ruf als Forschungsstandort
87 erarbeitet. Wir wollen daran anknüpfen, wenn es jetzt darum geht, die
88 Energieversorgung krisensicher und zukunftsfest aufzustellen.

89

90 **Windenergie – Ausbau vorantreiben**

91 Windenergie kann einen noch wichtigeren Beitrag für die Energieversorgung im
92 Freistaat Sachsen leisten. Das geht nur im Miteinander mit den Bürgerinnen und
93 Bürgern vor Ort. Als Sächsische Union kritisieren wir die einseitige Aufkündigung der
94 landesspezifischen Abstandsregeln durch den Bund. In der Abwägung
95 unterschiedlicher Interessen sehen wir unter anderem für Windanlagen über Wäldern
96 und in Tagebaugebieten große Chancen, um unsere sächsischen Ausbauziele zu
97 erreichen. Dieses geht nur in enger Abstimmung und Mitentscheidung der
98 Ortschafts-, Stadt- und Gemeinderäte. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass
99 ausgewiesene Flächen zur Windenergienutzung in Tagebaugebieten vollständig auf
100 das 2-Prozent-Flächenziel angerechnet werden.

101 Wir setzen uns dafür ein, dass die landesrechtlichen Voraussetzungen für die
102 zukünftige Windkraftplanung in den Planungsregionen zeitnah geschaffen werden.
103 Die regionalen Planungsverbände erhalten für die Umsetzung ausreichend Zeit und
104 finanzielle Unterstützung für die Windkraftplanung und dafür die notwendige
105 Rechtssicherheit.

106 Auch der Staatswald kann einen großen Beitrag zum Ausbau der Windenergie
107 leisten. Der Sachsenforst muss im Sinne einer vorbildlichen Waldbewirtschaftung mit
108 gutem Beispiel vorangehen und windhöfliche und geeignete Standorte für
109 Windkraftanlagen bereitstellen.

110 Wir unterstützen das Vorhaben der LEAG, in der Lausitz eine sogenannte „Gigawatt
111 Factory“ als das größte Zentrum erneuerbarer Energien in Deutschland aufzubauen
112 und werden uns beim Bund mit Nachdruck dafür einsetzen. Eine Benachteiligung
113 einzelner Akteure nur aufgrund der Projektgröße lehnen wir ab. Es gilt, entschlossen
114 Potentiale auch konfliktarmer Flächen mit industrieller und bergbaulicher Vornutzung
115 in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier für den EE-Ausbau zu nutzen.

116

117 **Solarenergie – Einsatz von PV-Anlagen erleichtern**

118 Neben Wind muss Photovoltaik in Sachsen weiter ausgebaut werden müssen. Hier
119 bestehen noch erhebliche Potentiale in der Sekundärnutzung verschiedenster
120 Flächen, wie zum Beispiel auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, Bergbaufolgeflächen
121 oder städtischer bebauter bzw. versiegelter Fläche und es gilt, kurzfristig das
122 erforderliche Baurecht zu schaffen. Bei Inanspruchnahme landwirtschaftlicher
123 Nutzflächen für PV müssen die Flächen auch weiterhin der landwirtschaftlichen
124 Nutzung zur Verfügung stehen. Nach Beendigung der Energieerzeugung müssen die
125 betroffenen Flächen wieder der vorherigen Nutzung zugeführt werden. Im
126 städtischen Bereich streben wir eine PV-Sekundärnutzung, z.B. bei Parkräumen und
127 öffentlichen Gebäuden, an. Außerdem müssen Marktbarrieren, wie z.B. erschwerte
128 Mieterstromlieferungen, beseitigt werden. Photovoltaik-Kleinanlagen müssen von
129 bürokratischen Hürden befreit werden, z.B. durch ein Aussetzen der
130 Zertifizierungspflichten und Vereinfachung des Einsatzes von Stecker-Solargeräten.
131 Die Regeln zur Netzanbindung von PV-Anlagen, welche bis 30 kW gelten, sind in
132 Zukunft auf Anlagen bis zu 100 kW-Leistung zu erweitern.

133 In Anbetracht der Krise und deren erheblichen Auswirkungen, ist auch ein Umdenken
134 hinsichtlich der Belange des Denkmalschutzes notwendig. Denkmalschutz darf nicht
135 über Energieunabhängigkeit stehen. Sachsen hat eine Vielzahl von
136 denkmalgeschützten Gebäuden und Kulturdenkmälern. Die Nutzung der Dächer
137 dieser Gebäude für PV-Anlagen muss erleichtert werden. Es bedarf des Erlasses
138 einer Richtlinie, wonach grundsätzlich PV-Anlagen auf denkmalgeschützten
139 Gebäuden oder Kulturdenkmälern zu ermöglichen sind. Eigentümer
140 denkmalgeschützter Gebäude in den Innenstädten könnten, durch die Genehmigung
141 von PV-Anlagen auf den Dächern, mehr Energieunabhängigkeit erlangen.

142 Sachsen muss wieder Vorreiter in der Solarindustrie werden. Daher setzen wir uns
143 für den Wiederaufbau der gesamten Wertschöpfungskette mit dem Ziel ein,
144 innovative Lösungen „made in Saxony“ auf den Weltmarkt zu bringen und die
145 heimische Stromerzeugung aus Sonnenenergie anzukurbeln.

146

147 **Wasserkraft – Anlagen modernisieren, Bürokratie abbauen**

148 Wasserkraft hat eine wichtige Funktion als erneuerbare Energiequelle. Als
149 Sächsische Union setzen wir uns für die Modernisierung von bestehenden
150 Wasserkraftanlagen und den gewässerverträglichen Ausbau ein. Die Zahl der
151 möglichen Neubauten von Anlagen zur Wasserkraftnutzung ist in Sachsen begrenzt,
152 weshalb das Zuwachspotential der Elektroenergieerzeugung hauptsächlich in der
153 Erhöhung der technischen Effizienz bestehender Anlagen liegt. Die zuständigen
154 Behörden müssen die dafür notwendigen Genehmigungen schneller erteilen. Hier gilt
155 es, Hürden abzubauen.

156

157 **Biomasse – nachhaltige Energiegewinnung ermöglichen**

158 Das Potential von Biogas als flexibler Stromlieferant und als Erdgasersatz ist bereits
159 bekannt. Biogasanlagen könnten zukünftig einen großen Anteil des Gasbedarfs
160 decken. Hierzu müssen mehr Biogasanlagen gebaut und dafür die politischen
161 Rahmenbedingungen zur Einspeisung verbessert werden. Dazu gehört u. a. die
162 Abschaffung des Deckels sowie die Änderung des Baugesetzbuches, welches den
163 Bau von Biogasanlagen derzeit noch deutlich erschwert. Die Begrenzung der
164 Laufzeit von 1.300 Volllaststunden, geringe Flexibilität beim Substrateinsatz oder die
165 nicht vorhandenen technologieoffenen Lösungen bei der Vermeidung von
166 Methanemissionen zählen zu den weiteren Hindernissen. Letztlich sollten
167 Biogasanlagen als bedeutende Form der klimafreundlichen Erzeugung von Strom
168 und Gas anerkannt werden. Gleichzeitig gilt es Fragen der Nutzungskonkurrenz,
169 etwa mit der Lebensmittelproduktion, sorgfältig abzuwägen. Am Heizen mit Holz als
170 nachwachsendem Rohstoff halten wir fest.

171

172 **Wasserstoff – Wertschöpfungskette aufbauen**

173 Langfristig wird der Erfolg der Energiewende auch mit speicherbarem Wasserstoff
174 verbunden sein. Wasserstoff wird eine Schlüsselrolle einnehmen und ermöglicht es,
175 die CO₂-Emissionen, vor allem in den Sektoren Industrie und Verkehr, deutlich zu
176 verringern. Neben den klimapolitischen Aspekten sichert die Anwendung der
177 Wasserstofftechnologie viele zukunftsfähige Arbeitsplätze, neue
178 Wertschöpfungspotentiale und eine weltweit technologische Wettbewerbsfähigkeit.
179 Sachsen soll dabei ein wichtiges Zentrum für Forschung, Entwicklung und Nutzung
180 an und von Wasserstoff werden. Die Förderung von Sunfire über das IPCEI
181 Wasserstoff ist ein gutes Beispiel für gezielte Investitionen mit großer Wirkung. Wir
182 setzen uns dafür ein, dass weitere sächsische Wasserstoffprojekte gefördert werden
183 und unterstützen das Branchennetzwerk „Wasserstoffland Sachsen“. EU und Bund
184 sind in der Pflicht, die Finanzierung des weiteren Ausbaus der
185 Wasserstoffinfrastruktur abzusichern. Der Freistaat wird seinen Beitrag leisten.

186

187 **Kohleverstromung – Ausstieg bis 2038 schrittweise umsetzen**

188 In Schwachlastzeiten regenerativer Stromerzeugung treiben Erdgaskraftwerke
189 aufgrund des hohen Erdgaspreises über den Börsenhandel die Strompreise in bisher
190 unbekannte Höhen. Vermeidbare Stromproduktion aus Erdgas ist deshalb sofort
191 einzustellen. Dafür müssen im Gegenzug alle verfügbaren Braunkohlekraftwerke
192 rechtssicher hochgefahren und unter Volllast betrieben werden. Dies ist notwendig,
193 um die aktuelle Krisensituation zu überbrücken. Das ändert jedoch nichts an unserer
194 mittelfristigen Zielstellung, aus der Verstromung fossiler Energieträger auszusteigen.
195 Wir halten Wort und setzen den Kompromiss zum schrittweisen Ausstieg aus der
196 Kohleverstromung bis 2038 um. Strukturwandel und Kohleausstieg müssen wie
197 vereinbart Hand in Hand gehen. Die Braunkohleregionen in der Lausitz und im
198 Mitteldeutschen Revier brauchen die finanzielle Unterstützung, die

199 Planungssicherheit und die Zeit für die Umsetzung der vielen klugen Ideen. Die
200 Benachteiligung der Menschen durch den Braunkohleabbau darf nicht durch den
201 Verlust der Arbeitsplätze in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier verschärft
202 werden. Der Bund muss die Rahmenbedingungen dafür verbessern und seine
203 Infrastrukturprojekte schnellstens umsetzen.

204

205 **Erdgas – Verbrauch senken, heimische Potentiale heben**

206 Die benötigten Mengen Gas zu importieren ist mit sehr hohen Kosten und
207 Umweltschäden verbunden. Unser Ziel ist es, beides so gering wie möglich zu halten
208 und zudem unabhängiger von Gaskraftwerken und der Wärmeproduktion aus Gas zu
209 werden.

210 Deshalb setzen wir uns im Bund dafür ein, die heimischen Gasvorräte zu unseren
211 eigenen Umweltstandards zu heben. Als Braunkohleland, was seit Jahrzehnten die
212 entsprechenden Lasten schultert, erwarten wir bei Gas solches auch von anderen
213 Bundesländern. Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission
214 Fracking hat deutlich gemacht, dass die bisherige Ablehnung von Fracking in
215 Deutschland nur mit „ideologischen Vorbehalten“¹ zu erklären ist. Als Sächsische
216 Union setzen wir nicht auf Ideologie, sondern auf wissenschaftliche Erkenntnisse. In
217 Sachsen haben wir nicht zuletzt mit dem Institut für Bohrtechnik und Fluidbergbau an
218 der TU Bergakademie Freiberg wichtige Expertisen in diesem Bereich, die wir in die
219 bundesweite Debatte einbringen wollen.

220

221 **Kernkraftwerke – Kapazitäten nutzen**

222 Der Streckbetrieb für die Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland ist
223 notwendig, aber nicht ausreichend. Als Sächsische Union setzen wir uns dafür ein,
224 dass alle reaktivierbaren Kernkraftwerke so lange am Netz bleiben, bis eine sichere
225 und günstige Energieversorgung auf anderem Wege zuverlässig garantiert werden
226 kann. Dafür braucht es unverzüglich die entsprechenden Lieferverträge für neue
227 Brennstäbe.

228

229 **2. Für eine nachhaltige Rohstoffstrategie**

230

231 Hohe Preise und zunehmende Versorgungsrisiken gefährden den sicheren
232 Rohstoffbezug und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes
233 Sachsen. Die Verfügbarkeit zum Beispiel von Lithium, Kobalt und Seltenen Erden ist
234 die Voraussetzung für Zukunftstechnologien in Sachsen. Neben möglichst stabilen

¹ Zitat Holger Weiß, stv. Vorsitzender der Expertenkommission Fracking, FAZ am 13.08.2022.

235 Lieferketten geht es auch um eine effiziente Nutzung und die Forschung im Bereich
236 alternativer Lösungsmöglichkeiten.

237

238 **Rohstoffe – verantwortungsvoll gewinnen**

239 Sachsen hat eine lange Tradition des Bergbaus und der Gewinnung von Rohstoffen.
240 Die Verfahren haben sich im Lauf der Zeit verändert, aber sie haben stets zum
241 Wohlstand beigetragen. Die heimische Rohstoffgewinnung erfolgt heutzutage unter
242 Einhaltung hoher Sozial- und Umweltstandards. Wir werden das Bergrecht
243 überprüfen, ob wir heimische Rohstoffe künftig noch stärker abbauen können und
244 Wasserrecht prüfen, um heimische Rohstoffe mit weniger bürokratischem Aufwand
245 abbauen zu können.

246 Es braucht einen Ausbau der bestehenden Rohstoffkooperationen mit unseren
247 Partnern in Europa und der Welt sowie eine Reduzierung der Abhängigkeiten von
248 autokratisch geführten Staaten.

249

250 **Kreislaufwirtschaft – Wertschöpfung erhöhen**

251 Als Sächsische Union setzen wir uns für eine Kreislaufwirtschaftsoffensive ein. Ziel
252 muss es sein, dass möglichst viele Komponenten wiederverwertbar, leicht
253 austauschbar und langlebig sind. So können wir nicht nur Energie durch längere
254 Nutzungszyklen einsparen, sondern auch Arbeitsplätze und Wertschöpfung in
255 unserer Heimat schaffen.

256 Die Europäische Kommission prognostiziert eine Erhöhung der Wertschöpfung von
257 rund 80 Milliarden Euro pro Jahr durch mehr Kreislaufwirtschaft. Daneben ist die
258 Verstärkung von Kreislaufwirtschaft auch im Sinne der Bekämpfung von
259 Klimafolgeerscheinungen ein wichtiger Schritt zu einer besseren Bewahrung der
260 Schöpfung. Durch eine längere, effizientere und häufigere Nutzung von Ressourcen,
261 gerade seltener Rohstoffe, können wir auch langfristig einen Schritt hin zu mehr
262 Unabhängigkeit von anderen Weltregionen entwickeln. Je besser und länger wir
263 diese Ressourcen nutzen, desto sparsamer ist unser Verbrauch und damit der
264 Importbedarf.

265

266 **Bürokratieabbau – Innovationen ermöglichen**

267 Unser Ziel ist es, Möglichkeiten und Wege zu entwickeln, die nicht mit einem
268 Aufwuchs an Bürokratie einhergehen. Es ist der falsche Weg, unsere Wirtschaft mit
269 immer neuen Dokumentations- und Nachweisführungspflichten zu belasten. Das
270 Lieferkettengesetz des Bundes und die Vorschläge aus Brüssel sind für uns ein
271 mahnendes Beispiel – auch wenn nachhaltige Lieferketten eine
272 Selbstverständlichkeit für uns sind. Eine stärkere Verbreitung der Kreislaufwirtschaft

273 oder der Aufbau neuer Lieferketten darf nicht zu mehr Arbeit, weniger Zeit und mehr
274 Bürokratie für Wirtschaftsunternehmen führen, sondern muss vor allem durch
275 Information und Anreize erfolgen. Wir setzen auf die Verantwortung des Einzelnen
276 und wollen allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen die Freiheit geben,
277 ihren Teil zum Fortschritt beizutragen. Wir setzen uns dafür ein, dass in der
278 Europäischen Union durch die Kommission ein Belastungsmoratorium durchgesetzt
279 wird.

280

281 **3. Für eine langfristige Fachkräftestrategie**

282

283 Bereits heute zeigt sich in vielen Wirtschaftsbereichen der Mangel an Fachkräften.
284 Ob in der Industrie, in der Bauwirtschaft, dem Dienstleistungssektor oder dem
285 Handel, überall zeigen sich bereits spürbar die Folgen von Personalengpässen. Laut
286 DIHK erwarten etwa neun von zehn Unternehmen, dass der Fachkräftemangel
287 negative Konsequenzen für ihre Geschäftstätigkeit haben wird: Arbeitskosten
288 steigen, Aufträge gehen verloren und die (internationale) Innovations- und
289 Wettbewerbsfähigkeit steht auf dem Spiel.

290 Auch im Alltag sind die fehlenden Kräfte bereits spürbar. Restaurants und
291 Bäckereien müssen ihre Öffnungszeiten verkürzen, weil das Personal fehlt. Busse,
292 Bahnen und Flüge fallen aus, weil es nicht genügend Fahrer, Zugbegleiter oder
293 Bodenpersonal gibt. Bauvorhaben können nicht oder nur mit Zeitverzögerung fertig
294 gestellt werden, weil ausgebildete Handwerker fehlen.

295 Die Situation wird sich in dieser Dekade weiter verschärfen, wenn die Generation der
296 sogenannten Babyboomer aus dem Arbeitsleben ausscheiden wird. Bis 2030 werden
297 dem sächsischen Arbeitsmarkt nach heutiger Prognose über 300.000
298 Erwerbspersonen fehlen.

299 Der Strukturwandel in Sachsen lässt sich nur mit vielen geschickten Händen und
300 klugen Köpfen erfolgreich gestalten. Die strategische Gewinnung von Fachkräften ist
301 daher eine der wesentlichen Aufgaben der kommenden Jahre.

302 Um das Fachkräfteangebot und damit die Leistungsfähigkeit der sächsischen
303 Wirtschaft zu sichern, wurde die Fachkräftestrategie 2030 für den Freistaat Sachsen
304 erarbeitet, mit dem Ziel, den sächsischen Arbeitsmarkt sowohl für in- als auch für
305 ausländische Fachkräfte attraktiv zu gestalten. Damit wurde eine Grundlage
306 geschaffen, auf der es aufzubauen gilt.

307 Weitere Schritte, mit denen vor allem auch die Ebene der nicht akademischen
308 Fachkräfte mehr und mehr erschlossen werden kann, sind jedoch notwendig.
309 Gelingen wird dies nur durch ein Zusammenspiel staatlicher und privatwirtschaftlicher
310 Maßnahmen. Nur so lassen sich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass

311 Menschen nach Sachsen kommen oder zurückkehren, in Sachsen eine Heimat
312 (wieder-) finden und sich beruflich und privat hier verwirklichen.

313 Fehlanreize im Arbeitsmarkt müssen beseitigt werden. Dazu zählen u.a. das
314 geplante Bürgergeld, aber auch ein Leistung bestrafendes Steuer- und
315 Abgabensystem. Dadurch werden mehr Arbeitnehmer auch weiterhin einer
316 Vollzeitarbeit nachgehen, anstelle auf Teilzeit zu reduzieren.

317 Ältere Arbeitnehmer verfügen über wertvolle Kompetenzen. Deswegen streben wir
318 eine hohe Erwerbsquote in dieser Altersgruppe an. Auch aus diesem Grund ist ein
319 Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements erforderlich.

320

321 **Aus- und Weiterbildung stärken**

322 Junge Menschen sind die Fachkräfte von morgen. Die duale Ausbildung ist und
323 bleibt daher eine der wichtigsten Grundlagen für die Sicherung des künftigen
324 Fachkräftebedarfs im Freistaat Sachsen. Denn sie bietet neben einer praxisnahen
325 und hochwertigen Berufsqualifikation auch vielfältige berufliche
326 Entwicklungsmöglichkeiten und persönliche Karrierechancen – bis hin zur
327 Selbständigkeit.

328 Gleichzeitig steht die duale Berufsausbildung bereits seit Jahren vor
329 großen Herausforderungen. Einerseits scheint vielen jungen Menschen der
330 berufliche Einstieg über eine Ausbildung nicht hinreichend präsent oder attraktiv zu
331 sein. Andererseits haben immer mehr Betriebe in einigen Regionen und Branchen
332 damit zu kämpfen, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Daher wollen wir von Beginn
333 an die berufliche Orientierung in den Schulen verbessern, um insbesondere im
334 ländlichen Raum die Perspektiven einer soliden Ausbildung aufzuzeigen.

335 Damit unsere duale Berufsausbildung auch in Zukunft erfolgreich weitergeführt
336 werden kann, um die Qualifikationen für den Arbeitsmarkt von morgen zu vermitteln,
337 werden wir die Weiterentwicklung der Berufsakademie zur Dualen Hochschule zügig
338 vorantreiben und dafür sorgen, dass möglichst viele Absolventen hier bei uns in
339 Sachsen bleiben. Ebenso müssen die beruflichen Schulzentren in Sachsen für die
340 wachsenden technischen und digitalen Anforderungen der Arbeitswelt fit gemacht
341 werden. Deshalb werden wir für eine zukunftsfähige Ausstattung, die Bereitstellung
342 digitaler Infrastruktur sowie für eine zeitgemäße Aus- und Fortbildung der
343 berufsbildenden Lehrkräfte sorgen.

344 Als Sächsische Union haben wir uns erfolgreich für die Wiedereinführung der
345 Meisterpflicht in vielen Gewerken eingesetzt. Dies war wichtig – nicht nur mit Blick
346 auf die Qualitätssicherung, sondern auch für die Ausbildung neuer Fachkräfte. Auch
347 in Zukunft ist es unser Ziel, die Meisterausbildung weiter zu stärken.

348 In der heutigen Zeit kann man nicht mehr davon ausgehen, dass der einmal erlernte
349 Beruf das gesamte Arbeitsleben lang ausgeübt werden kann. Zu schnell verändert

350 sich unsere Arbeits- und Lebenswelt und damit die Anforderungen an die beruflichen
351 Qualifikationen. Digitalisierung, Globalisierung, Klima- und demografischer Wandel
352 erfordern tiefgreifende Anpassungsprozesse, auf die sich Menschen auch in ihrem
353 beruflichen Alltag einstellen müssen. Ohne ein lebensbegleitendes Lernen sind diese
354 Herausforderungen nicht zu bestehen, weder individuell noch gesellschaftlich.

355 Unter dieser Prämisse müssen wir die Weiterbildungslandschaft im Freistaat
356 Sachsen fortentwickeln und nachhaltig stärken. Wir wollen erreichen, dass mit einem
357 flächendeckenden Netz an Weiterbildungseinrichtungen den Bedürfnissen unserer
358 Bevölkerung und Unternehmen Rechnung getragen, die gesellschaftliche,
359 technologische und wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land aufgegriffen und mit
360 gezielten Angeboten flankiert wird.

361 Mit einem neuen Weiterbildungsgesetz wollen wir diesen Prozess der Transformation
362 einen rechtlichen Rahmen geben. Es geht darum, zum einen Grundversorgung und
363 Trägervielfalt sicherzustellen sowie Förderinstrumente und die Finanzierung der
364 Weiterbildung langfristig für alle Akteure planbar zu machen.

365

366 **Ausländische Fachkräfte integrieren**

367 Volkswirte gehen davon aus, dass wir bundesweit netto jährlich 400.000 qualifizierte
368 Zuwanderer brauchen, um den Fachkräftebedarf zu sichern. Die
369 Außenwahrnehmung Sachsens ist jedoch noch zu oft geprägt von jenen, die in allem
370 Fremden eine Bedrohung wahrnehmen und aus Hass und Abgrenzung politisches
371 Kapital zu schlagen versuchen. Das ist nicht die Haltung der großen Mehrheit der
372 Menschen in unserem Land. Wir müssen noch sichtbarer machen, dass Sachsen ein
373 weltoffenes Land ist.

374 Als Sächsische Union wollen wir, dass sich Kammern, Verbände und der Freistaat
375 noch stärker dafür einsetzen, zielgerichtet im Ausland Fachkräfte nach deutschen
376 Standards auszubilden und für Sachsen als Standort zu werben. Sachsen muss als
377 Wirtschafts- und Arbeitsstandort attraktiver und sichtbarer werden. Damit dies
378 gelingen kann, müssen die Bedingungen und die Strukturen zur Gewinnung
379 ausländischer Fachkräfte in Sachsen weiter verbessert werden. Die Möglichkeiten
380 des Europäischen Binnenmarktes sind prioritär zu nutzen. Als Sächsische Union
381 setzen wir uns für die Umsetzung folgender Maßnahmen ein:

382 Die Aussicht auf eine schnellere Niederlassungserlaubnis ist geeignet, die Bleibe-
383 und Integrationswahrscheinlichkeit ausländischer Fachkräfte deutlich zu erhöhen.
384 Eine Kopplung an Anreize zum Spracherwerb bereits im Ausland scheint hier ein
385 geeignetes Mittel zu sein. Zur Prozessoptimierung bei der Erteilung der
386 Niederlassungserlaubnis ist die Serviceorientierung zwischen den zuständigen
387 Behörden, den Unternehmen und den betroffenen ausländischen Fachkräften zu
388 verbessern.

389 Dabei sollte der Familiennachzug von Angehörigen der in Deutschland beschäftigten
390 Fachkräfte mit Niederlassungserlaubnis als Anreizfunktion erleichtert werden, damit
391 eine gesellschaftliche Integration verbessert wird und auch stattfinden kann. Wir
392 wollen, dass Menschen die hart und ehrlich arbeiten in Deutschland eine Heimat
393 finden können. Hierbei kann die aktuelle Blue-Card-Regelung als Orientierung
394 dienen und für andere Fachkräftetitel erweitert werden.

395 Der gesamte Prozess von der Anwerbung über die Einwanderung bis hin zur
396 Integration von Fachkräften muss effizienter gestaltet und bürokratische Hürden
397 weiter abgebaut werden. Insbesondere die Verschlankung und Vereinfachung
398 bürokratischer Strukturen ist absolut notwendig.

399 Ebenso wollen wir Informationsangebote auf- und ausbauen und vor allem für nicht
400 akademische Berufe stärken. Gleichzeitig muss die Bekanntheit von Angeboten und
401 Möglichkeiten erhöht werden.

402

403 **Für eine Politik mit Vernunft**

404 Krisen wie diese sind nicht die Zeit für ideologische Grabenkämpfe. Es braucht eine
405 Politik, die mit Besonnenheit und Entschlossenheit die notwendigen Entscheidungen
406 trifft.

407 Als Sächsische Union werden wir weiterhin die Erwartungen der Menschen im
408 Freistaat gegenüber der Bundesregierung zum Ausdruck bringen und uns konstruktiv
409 an lösungsorientierten Debatten beteiligen. Darüber hinaus nehmen wir hier in
410 Sachsen unsere Verantwortung wahr um den Freistaat gut durch die aktuellen Krisen
411 zu steuern und uns zukunftsfest aufzustellen – in der Landespolitik genauso wie auf
412 der kommunalen Ebene.